

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 87 (2012)
Heft: 1-2

Werbung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Integration, die niederschweligen sozialen Angebote. Dadurch sparen die Gemeinden letztlich viel Geld bei der Sozialhilfe. Es ist sogar erwiesen, dass der Steuerertrag pro Quadratmeter Wohnfläche in Genossenschaftssiedlungen höher ist als in Einfamilienhausquartieren. Natürlich brauchen sie dafür vielleicht etwas mehr Schulraum. Trotzdem widerlegt eine Gesamtrechnung alle Vorurteile. Dies muss man immer wieder aufzeigen.

Der SVW Zürich hat diesen Sommer zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern fast aller politischer Parteien eine «Zürcher Erklärung zur Wohnungspolitik» lanciert. Dort finden sich Forderungen: etwa, dass Wohnbauland der öffentlichen Hand und staatsnaher Betriebe an die Genossenschaften abzugeben sei oder dass kantonale und kommunale Bodenfonds geschaffen werden sollen, um Mittel für den Landerwerb bereitzustellen. Nur: Solche Postulate brauchen hierzulande langfristige politische Prozesse. Am wichtigsten ist, dass die Diskussion stattfindet, dass Akzeptanz und Bekanntheitsgrad der Baugenossenschaften zunehmen. Und das ist zumindest in der Stadt Zürich gelungen, wo sich gerade 76 Prozent der Stimmbürger für mehr bezahlbare Wohnungen und damit für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ausgesprochen haben! Das soll nun in die Agglomeration hinausgetragen werden – in Winterthur etwa sammelt man gegenwärtig Unterschriften für eine ähnliche Initiative.

Sie werden künftig die Interessen der Wohnbaugenossenschaften auch im Nationalrat

vertreten. Können Sie heute schon sagen, auf welche Massnahmen Sie fokussieren möchten?

Ich denke an verschiedene Bereiche. Zum einen geht es um die Tatsache, dass Wohnbaugenossenschaften gegenüber Privaten steuerlich benachteiligt sind. So geniessen die Genossenschaften beispielsweise keinen Pauschalabzug bei den Unterhaltskosten in Jahren, in denen wenig Unterhalt anfällt. Ansetzen möchte ich bestimmt auch bei der Raumordnungspolitik, wo derzeit einfach keine gescheite Koordination zwischen den Kantonen stattfindet. So stellen wir im Kanton Zürich fest, dass in der Nähe der grossen Arbeitsplatzgebiete Bauland knapp und teuer ist. Doch gleich ennet der Kantonsgrenze geben Gemeinden Bauland – oft für Quartiere geringer Dichte – fast gratis ab. Es kann aber nicht sein, dass Zürich die Verkehrsachsen in den Aargau, den Thurgau oder nach Schaffhausen ausbaut und die Pendlerströme verkraften muss, die Leute dann aber in anderen Kantonen wohnen und Steuern bezahlen. Da entsteht ein Ungleichgewicht, das korrigiert werden muss.

Der SVW-Präsident, Nationalrat Louis Schelbert, hat kürzlich in einer Interpellation gleich lange Spiesse für Landwirtschaft und gemeinnützigen Wohnungsbau verlangt. Beide besitzen nämlich einen Fonds de Roulement. Nur dass derjenige der Bauern üppig gespeist wird, während die Mittel für die Gemeinnützigen bald auslaufen. Dabei ist das Recht auf eine Wohnung sogar in der Verfassung verankert. Warum hat die Wohnungsverordnung hierzulande einen derart

tiefen Stellenwert auf der politischen Agenda?

Zum einen besitzen die Bauern natürlich die einflussreichste Lobby im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Es ist deshalb wichtig, dass auch wir uns breit vernetzen und Mehrheiten suchen. Andererseits müssen auch Wohnbaugenossenschaften ein wenig selbstkritisch zur Kenntnis nehmen, dass sie von den eigenen Mitgliedern politisch nicht immer unterstützt werden. Wer einmal eine gute und günstige Wohnung gefunden hat, mag sich offenbar nicht mehr dafür engagieren, dass auch andere in diesen Genuss kommen. Wir müssen das Wohnen deshalb wieder als politisches Thema lancieren. Die Abstimmung in Zürich hat es bewiesen: Für den gemeinnützigen Wohnungsbau lassen sich durchaus Mehrheiten finden. ☺

Interview: Richard Liechti

Zur Person

Thomas Hardegger (55) ist ursprünglich Sekundarschullehrer. Als SP-Mitglied engagierte er sich politisch auf Gemeindeebene, bis ihn die Stimmbürger 2001 in den Zürcher Kantonsrat wählten. 2006 übernahm er das Amt des Gemeindepräsidenten in seiner Wohngemeinde Rümlang. 2011 scheiterte Thomas Hardegger zwar mit einer Kandidatur für den Ständerat, zog aber in den Nationalrat ein. Zu seinen weiteren Ämtern gehört das Vizepräsidium des SVW-Regionalverbands Zürich.

Anzeige

257 gemeinnützige Wohnbauträger setzen auf langfristig tiefe Zinsen: Sie finanzieren einen Teil ihrer Liegenschaften über die EGW

- All-in-costs regelmässig bis zu 1% unter den Kosten für vergleichbare Festhypotheken
- Jährlich 3 bis 6 Anleihen mit Laufzeiten von 5 bis 15 Jahren
- Finanzierungen in der ganzen Schweiz

Rufen Sie uns an und vereinbaren Sie ein Beratungsgespräch:
Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger EGW
www.egw-ccl.ch kontakt@egw-ccl.ch Tel. 062 206 06 16

Emissionszentrale für
gemeinnützige Wohnbauträger
egw ccl
Centrale d'émission pour
la construction de logements